

Das Dilemma der Realpolitik

VON JOSEF JOFFE *23*

Von Sherlock Holmes stammt der Rat, auf den Hund zu achten, der in der Nacht nicht gebellt hatte. Da Hunde nun einmal zu bellen pflegen, wenn jemand durch die Nacht schleicht, sei in diesem Fall („Der Hund von Baskerville“) das Schweigen das entscheidende Indiz gewesen. Nicht minder auffallend ist die rhetorische Zurückhaltung der Regierung Bush, die Anfang 1989 das Regiment in Washington übernommen hat. Da werden keine außenpolitischen Doktrinen verkündet, keine Fahnen geschwenkt, keine aufrüttelnden Parolen verbreitet. George Bush und sein Außenminister James Baker betreiben nachgerade eine „unamerikanische“ Außenpolitik – in dem Sinne, daß sie Realpolitik ohne Rhetorik inszenieren.

Man muß nur den Blick auf die Vorgänger richten, um den Kontrast in all seiner Schärfe zu erkennen. Zum Beispiel der Ziehvater des jetzigen Präsidenten, Ronald Reagan: Der hatte das Wort vom „Reich des Bösen“ in die Welt gesetzt, um so die Bevölkerung für seine militante Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion zu mobilisieren. Zugleich proklamierte er eine moralisch gefärbte „Reagan-Doktrin“, die besagte, daß Amerika überall und immerdar all jenen Bewegungen helfen müsse, die gegen totalitäre Fremdherrschaft kämpfen.

Erinnern wir uns an Jimmy Carter. Der hatte von der anderen Seite des ideologischen Spektrums Hochtönendes verkündet. Eine „neue globale Ordnung“ sei sein Ziel, in der nicht mehr die „übertriebene Furcht vor dem Kommunismus“, sondern „Interdependenz“ und Nord-Süd-Harmonie das Zepher führen sollten. Lyndon Johnson hatte wiederum einen anderen „Globalismus“ im Sinn: die Ausdehnung der „Eindämmung“ bis in die entferntesten Winkel der Welt, also Vietnam. Auch Nixon und Eisenhower machten nicht bloß Politik, sondern ließen sie in das Gewand von „Doktrinen“ kleiden. Und die Kennedy'sche Rhetorik hat bislang noch keiner übertroffen: „Wir werden jeden Preis zahlen, jede Last auf uns nehmen, um der Freiheit zum Sieg zu verhelfen.“

Derlei Sprachgewalt war bis dato eiserne Tradition, die bis Thomas Jefferson (1743-1826) und dessen „*Empire of Freedom*“ zurückreicht. Wie leise klingt dagegen George Bush, der – wenn er schon redet – seine Patrizier-Herkunft hinter volkstümlich-flapsigen Sprüchen zu verbergen versucht. Sein Chef-Strategie Baker, ein sprichwörtliches „Gesicht in der Menge“, der inzwischen schon als neuer Vizepräsident gehandelt wird, hat die Unauffälligkeit zum Prinzip gemacht. Er ist ein „Kissinger“ im Bürokraten-Pelz, sprich: ein Realpolitiker des reinsten Wassers, dessen taktisches Geschick gar einen Genscher neidisch machen müßte.

So überhaupt Allgemeines aus dem Weißen Haus quillt, dann ist es zweierlei: „Wir

wollen den Erfolg der Perestrojka“ und „Der Feind ist Unberechenbarkeit und Labilität“. Das (minus Perestrojka) hätte auch ein Metternich nicht anders gesagt, und die praktische Politik folgt solchen Parolen.

Nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz, das sich am 4. Juni jährt, glänzte die Regierung Bush durch besondere Höflichkeit: Man wollte den „strategischen Partner“ in Peking nicht provozieren. (Noch immer debattiert der Senat über Beibehalt oder Entzug der Meistbegünstigungsklausel im Handel mit China.) Gegenüber Litauen, dessen Annexion Washington nie anerkannt hat, herrscht eine ungeschriebene Pro-Gorbatschow-Politik: Selbstbestimmung hin, Demokratie her – die „Große Strategie“ ist wichtiger, und die besagt um Gorbatschow willen, daß Amerika nicht am ehemaligen „Reich des Bösen“ rütteln dürfe (wofür Bush zu Hause inzwischen von rechts und links Prügel bezieht).

Ihre sichtbarste Ausformung hat die Bush-Baker-Strategie in Zentraleuropa erfahren. Nach der klassisch-realpolitischen Devise „Europas stärkste Macht – nunmehr Deutschland – muß unser Freund sein“ haben Bush und Baker die zögerlichen Franzosen und Engländer rasch beseite geschoben, um auf den deutschen Einheitszug zu springen – nicht als Bremsen sondern gar als Heizer. Die Folge: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen – man erinnere sich an den Anti-Amerikanismus der frühen 80er Jahre – waren noch nie so gut.

Und dennoch läßt sich fragen, ob die kurzfristige Realpolitik nicht der Feind einer größer angelegten Strategie ist. Zum Beispiel China: Mit dessen Machthabern zu paktieren, verschiebt genau jene Reformen, die das Grundanliegen einer jeden Demokratie sein muß. Zum Beispiel Litauen: Gewiß braucht Gorbatschow Zeit, aber wenn dabei nur Unterdrückung herauskommt, wird er allen anderen Nationalitäten signalisieren: Es hat keinen Sinn, auf friedlichen Wandel zu setzen. Dann entstände das klassische Metternichsche Problem: Weil der Deckel verschraubt ist, steigt der Druck im Kessel – bis hin zur gewaltsamen Entladung, die kein Realpolitiker wünschen kann.

Und überhaupt Gorbatschow: Ihn um jeden Preis zu stützen, derweil Marktreform und Demokratisierung stocken, könnte zum Schluß bedeuten, daß der Westen auf einen „Pozsgay“ oder einen „Rakowski“ gesetzt hat – einen Halbreform, der von den demokratischen Kräften davongefegt wird. Alle Realpolitik – sprich: der fügliche Umgang mit den Herrschenden – birgt ein fatales *realpolitisches* (und nicht bloß moralisches) Dilemma: Schon morgen könnten jene an der Macht sein, die man gestern als unbequem, Unruhehifter“ ignoriert hat.